

# Gesundheitspolitik der Berliner Ampel-Koalition schadet Bayern

**BLZK und KZVB unterstützen den Protesttag der Gesundheitsberufe**



Foto: Alakos - stock.adobe.com

Am 8. September ist Protesttag. Der Verband medizinischer Fachberufe (vmf) ruft die Teams von Arzt- und Zahnarztpraxen dazu auf, der Politik die rote Karte zu zeigen. Die Kundgebung vor dem Brandenburger Tor in Berlin soll auf die dramatische Situation im ambulanten Gesundheitswesen aufmerksam machen.

Ärzte- und Zahnärzteverbände aus ganz Deutschland werden sich an der Demonstration beteiligen. Auf Einladung von Hannelore König, Präsidentin des vmf, und Dr. Dr. Frank Wohl, Präsident der BLZK, wird an der Protestaktion „Rote Karte für die Gesundheitspolitik“ auch der Bayerische Staatsminister für Gesundheit und Pflege, Klaus Holetschek, MdL, teilnehmen.

## **Budgetierung ist Angriff auf den Berufsstand**

Gefordert wird die gesicherte Finanzierung der flächendeckenden ambulanten

Versorgung. Der Protest richtet sich gegen das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz und die Wiedereinführung der Budgetierung. Der Honorarstillstand in der GOZ muss beendet und die Gehaltssteigerungen der Fachangestellten in den Honorarverhandlungen der (zahn)ärztlichen Leistungen müssen gesichert werden. Nur so sei es möglich, dem Fachkräftemangel entgegenzutreten. Sylvia Gabel, ZFA-Referatsleiterin beim vmf, macht deutlich: „Die zahnmedizinische Versorgung in Deutschland ist nur im Team zu leisten. Doch die Politik ist nicht bereit, dringend notwendige Gehaltsanpassungen für ZFA adäquat gegenzufinanzieren. Das muss sich kurzfristig ändern.“

## **Sparpolitik gefährdet ambulante zahnmedizinische Versorgung**

Die bayerischen Zahnärzte schließen sich diesem Protest an. Gemeinsam fordern die Bayerische Landeszahnärztekammer (BLZK) und die Kassenzahnärztliche Ver-

# ROTE KARTE

**für die**

**Gesundheitspolitik**

**08.09.2023 - BERLIN  
SAVE THE DATE!**

[www.vmf-online.de](http://www.vmf-online.de)



einigung Bayerns (KZVB) Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach auf, die ambulante zahnmedizinische Versorgung nicht weiter durch seine Sparpolitik zu gefährden. Zahlreiche zahnärztliche Gruppierungen in Bayern haben bereits zur Teilnahme aufgerufen und organisieren gemeinsame Busfahrten aus mehreren Städten am Morgen des 8. September nach Berlin.

BLZK-Präsident Dr. Dr. Frank Wohl erklärt: „In einem Flächenstaat wie Bayern wirken sich die Kürzungen der Berliner Ampel-Koalition verheerend für den Erhalt der Versorgung gerade im ländlichen Raum aus. Wir erleben zunehmend, dass Praxen, deren Inhaber altersbedingt ausscheiden, nicht mehr nachbesetzt werden können. Die irrtümliche und handwerklich miserable Berliner Gesundheitspolitik führt zu gravierenden Strukturproblemen in Bayern.“

Dr. Rüdiger Schott, Vorsitzender des Vorstands der KZVB, ergänzt: „Die Wiedereinführung der strikten Budgetierung zahnmedizinischer Leistungen in der gesetzlichen Krankenkasse ist der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Das ist ein Frontalangriff auf die flächendeckende Versorgung. Die Kollegen sind zu Recht stinksauer über diese leistungsfeindliche und planwirtschaftliche Gesundheitspolitik. Kein junger Zahnarzt wird sich dem Risiko einer Praxisgründung oder -übernahme aussetzen, wenn ihm die erbrachten Leistungen nicht vollumfänglich vergütet werden. Es drohen britische Verhältnisse im deutschen Gesundheitswesen mit monatelangen Wartezeiten und weiten Wegen zur nächsten Praxis.“

Die Forderungen des Protesttages unterstützt auch Prof. Dr. Christoph Benz, Präsident der Bundeszahnärztekammer (BZÄK): „Die Fachkräftesicherung ist existenziell für die Praxen – und damit für die Patientinnen und Patienten. Was in der Pflege schon funktioniert hat – viel bessere Löhne – muss auch im ambulanten Bereich geschehen.“

Redaktion BLZK/KZVB



Die Delegierten der Vertreterversammlung der KZVB erteilten der Wiedereinführung der strikten Budgetierung zahnmedizinischer Leistungen geschlossen die „Rote Karte“. Weiter geht's am Protesttag am 8. September in Berlin.

## Versorgung in Gefahr

Klaus Holetschek kommt zum Protesttag in Berlin



Der Gesundheitspolitische Sommerempfang von Kassenzahnärztlicher und Kassenzahnärztlicher Vereinigung Bayerns im Bayerischen Landtag stand ganz im Zeichen des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes. Der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) zeigte Verständnis für die Wut der Zahnärzte und sicherte seine Teilnahme am Protesttag der Heilberufe zu, der am 8. September in Berlin stattfindet. Der KZVB-Vorsitzende Dr. Rüdiger Schott warnte eindringlich vor den Folgen der Budgetierung. „Für begrenzte Mittel kann es nur begrenzte Leistungen geben. Zudem droht ein Praxissterben im ländlichen Raum. Viele Patienten werden schon bald weite Wege und lange Wartezeiten für einen Zahnarzttermin in Kauf nehmen müssen.“ Die bayerischen Zahnärzte werden Karl Lauterbach beim Protesttag in Berlin deutlich sagen, was sie von seiner Gesundheitspolitik halten (siehe Seite 4). Der KZVB-Vorstand dankte Staatsminister Holetschek für seine Unterstützung und die Bereitschaft zur Teilnahme am Protesttag.